

## Westfalenpost vom 19.07.2013, S. 1

### CDU warnt vor umstrittenen Kommunal-Soli

Verl, Halle und Harsewinkel in Ostwestfalen auf den vorderen Plätzen der Zahler-Kommunen

Düsseldorf (fpf). Nordrhein-Westfalens rot-grüne Landesregierung zieht steuerstarke Kommunen als Financiers heran, um die kommunale Geldnot zwischen Rhein und Weser zu lindern.

Mit der umstrittenen Solidaritätsumlage sollen mindestens 60 der 396 Kommunen in NRW jährlich 182 Millionen Euro aufbringen, um die schwächeren Städte und Gemeinden durchzufüttern, heißt es nun aus der CDU-Landtagsfraktion. Demzufolge rangieren aus OWL die Städte Verl, Halle und Harsewinkel auf den vorderen Plätzen der sogenannten Abundanzumlage.

Der kommunalpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion André Kuper aus Gütersloh kritisierte das Vorhaben der Landesregierung scharf. Er befürchtet, dass die Umlage vermeintlich finanzstarke Kommunen in NRW über Gebühr schwächt. "Kranke werden nicht dadurch gesund, dass man die Gesunden krank macht."

Glaubt man der Modellrechnung der CDU, sind Monheim am Rhein mit 45,6 Millionen Euro und Düsseldorf mit knapp 29 Millionen Euro die Spitzenreiter beim Kommunal-Soli. Verls Umlage beläuft sich nach der Hochrechnung auf rund 7,5 Millionen Euro. Halle müsste mit 5,2 Millionen, Harsewinkel mit knapp 3,2 Millionen Euro kalkulieren. "Die tatsächliche Finanzsituation der Kommunen spielt keine Rolle bei der Berechnung dieses Soli", monierte Kuper. Herangezogen würden lediglich fiktive Ansätze bei Einnahmen und Ausgaben.

Vor dem Hintergrund fänden sich unter den 60 betroffenen Kommunen, unter denen auch Espelkamp, Herzebrock-Clarholz, Rödinghausen, Rheda-Wiedenbrück und Kirchlingern vertreten sind, sogar zwei Nothaushaltskommunen sowie 16 weitere Kommunen, die in der Haushaltssicherung sind. "Die Verteilung ist ungleich und ungerecht", sagte Kuper. Im kreisangehörigen Raum würden zum Beispiel Kommunen im Kreis Gütersloh mit 21,8 Millionen

Euro zusätzlich belastet.

"Am Ende werden die bestraft, die gut gewirtschaftet und gespart haben", so Kuper. Kürzungen bei freiwilligen Leistungen wie Vereinszuschüssen, Bibliotheken oder Kulturförderung seien abschbare Folgen. Überdies erwartet der CDU-Kommunalexperte "deutliche Steuererhöhungen in den Zahler-Kommunen". In der Modellrechnung beruft sich die CDU-Fraktion auf "harte Zahlen aus gewohnt gut unterrichteten Kreisen im kommunalen Bereich", erklärte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Peter Biesenbach.

Kommunalminister Ralf Jäger bekräftigte indes die Notwendigkeit der Solidaritätsumlage. "Mir war klar, dass diese Entscheidung nicht nur Zustimmung hervorruft." Die Sanierung der kommunalen Haushalte liege im gemeinsamen Interesse von Land und allen Kommunen, so Jäger weiter. Eine verlässliche Aussage, welche Kommunen von der Umlage betroffen sein werden, sei erst Ende August möglich.

## Westfalenpost vom 19.07.2013, S. 2

### 60 Kommunen müssen Soli bezahlen

CDU rechnet Pläne der Landesregierung durch

DÜSSELDORF J Die von der Landesregierung geplante kommunale Solidaritätsumlage müssen nach Berechnung der CDU 60 Städte und Gemeinden aufbringen. Geld aus der Umlage erhielten 61 Kommunen, berichteten die CDU-Landtagsfinanzexperten André Kuper und Peter Biesenbach. Durch die Umlage sollen Innenminister Ralf Jäger (SPD) zufolge die finanziell leistungsstarken Gemeinden notleidende Kommunen bis 2020 mit 1,2 Milliarden Euro unterstüt-

Kommunen kombiniert und ermittelt, dass 60 Städte und Gemeinden tief in die Tasche greifen müssen. Düsseldorf sei die einzige kreisfreie Stadt, die für die Umlage berappen muss - und zwar genau 28969162 Euro. Höchstzahler ist laut CDU-Prognose allerdings Monheim mit 45628674 Euro. Sogar zwei Nothaushaltskommunen seien als vermögend eingestuft worden. Empfänger sind demnach zwölf kreisfreie und 49 kreisangehörige Kommunen, sagte

perle und fügt hinzu: 'Es gibt keine reichen Kommunen in NRW.'

NRW-Innenminister Jäger hatte bei der Vorstellung des 'Solis' keine konkreten Angaben zur Belastung einzelner Kommunen gemacht, weil dafür aktuelle Daten fehlten.

Aus Westfalen müssen den CDU-Rechnungen zufolge zum Beispiel folgende Städte zahlen: Plettenberg: 2 984 795 Euro, Schalksmühle: 2 110 750 Euro, Neuenrade: 3 415 62 Euro, Meinerzha-